

USA

Luftbrücke für die Weltmacht

Während das Wasser aus dem untergegangenen New Orleans abgepumpt wird, kommt lange verdrängter Schaden ans Licht: Amerika ist tief gespalten, Tausende Bedürftige wurden im Stich gelassen. Nun entbrennt in Washington erbitterter Streit um die Verantwortung.

Nach Gabriel, dem Erzengel der Heilsverkündigung, ist jener Ort tief im Süden Louisianas benannt, der jetzt die Toten von New Orleans aufnimmt. Die Toten, die in ihren armseligen Häusern im Osten der Stadt ertrunken waren und die, schrecklich verfärbt und aufgedunsen, tagelang in den giftigen Fluten gelegen hatten. So entsteht sind ihre Körper, dass nicht einmal die Hautfarbe der Opfer auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Hundert Kilometer westlich der untergegangenen Metropole, direkt am Mississippi, liegt der kleine Ort, den jetzt ununterbrochen Kühllaster anfahren. In langen Schlangen parken sie am Straßenrand. St. Gabriel, 5500 Einwohner, die meisten so arm und schwarz, wie es die Toten waren, ist das Leichenschauhaus der Golfküste.

Eine riesige Lagerhalle haben die Behörden hergerichtet. Frisch installierte Klimaanlage lärmern, der Boden ist mit Planen bedeckt, glänzende Metalltische für Obduktionen stehen bereit. Pathologen, Zahntechniker und Experten für Fingerabdrücke sollen den namenlosen Toten ihre Identität zurückgeben.

Tausende, schätzen Offizielle, könnten gestorben sein, aber verlässliche Zahlen gibt es auch 14 Tage nach der Tragödie nicht. 25000 Leichensäcke ließ die Zivilschutzbehörde nach Louisiana schaffen. Mehr Tote als Lebende werde es am Ende in St. Gabriel geben, befürchtet Bürgermeister George Grace.

Zu sehen sind die Toten nicht. Die Regierung hat das Fotografieren der Leichen im Katastrophengebiet verboten. Erwünscht sind Bilder vom Abpumpen des Wassers, von Rettungseinsätzen und von beherzten Helfern. Es geht darum, die Mutlosigkeit zu bekämpfen, die sich nach der größten Naturkatastrophe der USA im Süden ausgebreitet hat. „Aus der Dunkelheit kommt das Licht“, sagt oder hofft Präsident George W. Bush. „Wir bauen die Küste wieder auf.“

Wie ernst das auch immer gemeint sein mag, längst werden die Bilder, die Hilfe für die Überlebenden, die Schuldzuweisungen und die Zukunftspläne politisch instrumentalisiert. In Washington ist ein erbitterter Streit ausgebrochen, der vor allem um die Frage geführt wird, ob die Repu-

blikaner sich auch weiterhin als unangefochtene Herren des Landes behaupten können. Die Demokraten jedenfalls hoffen, dass sich der politische Schaden der Flut viel schwerer reparieren lässt als die geborstenen Dämme und das verwüstete New Orleans.

Denn im Wasser des Lake Pontchartrain ging auch Bushs Anspruch unter, eine Art amerikanischer Churchill zu sein, ein zupackender Führer, der dem Land ein moralisches Rückgrat einzieht und seine Landsleute aufrüstet für einen unablässigen

Kampf gegen den Terror. Der Krieg im Irak und Milliarden-Investitionen in den Heimatschutz hätten das Land sicherer gemacht, hatte er den US-Bürgern im Wahlkampf unablässig versichert.

Den Glauben an den ersten Teil dieser Botschaft hat die Mehrheit der Amerikaner bereits verloren. Um den Rest steht es jetzt nicht besser.

Gerade acht Monate lang war George W. Bush im Amt, als die Anschläge vom 11. September die Nation erschütterten und den Junior von einem Luftikus in einen



entschlossenen Kriegspräsidenten verwandelten. Die Anschläge verschafften ihm beinahe unbeschränkte Handlungsvollmachten und gaben ihm die Chance, Amerika nach seinen Vorstellungen umzubauen. Vier Jahre später traf „Katrina“, ein „Sturm von ungeheuren Ausmaßen“ (Bush), die Nation und nahm ihm den Nimbus des Führers. Nun versucht er, sich und seine Präsidentschaft zu retten.

Das wird schwierig genug. Hurrikan „Katrina“ könnte sich als folgenschwer genug erweisen, um sein ehrgeiziges Programm für die verbleibenden drei Jahre im Oval Office zunichte zu machen. Das Bush-freundliche „Wall Street Journal“ sieht gar schon dessen „gesamte zweite Amtszeit bedroht“.

So wie das Irak-Abenteuer Amerikas außenpolitischen Spielraum einengte, könnte „Katrina“ die innenpolitische Agenda bestimmen. Zusätzliche 51,8 Milliarden Dollar bewilligte der Kongress vergangene Woche für das Notstandsgebiet – gerade mal für die nächsten fünf Wochen soll das Geld reichen. Der Wiederaufbau kann nach neuesten Schätzungen allein die

Bundesregierung 200 Milliarden Dollar kosten. Und jeden Monat verschlingt die Militärpräsenz der Amerikaner im Irak weitere 5,8 Milliarden – Land unter heißt es daher auch im Finanzministerium.

Einen ersten Vorgeschmack auf die politischen Konsequenzen erlebte Bush in der

vergangenen Woche. Den Plan, die Erbschaftsteuer für Reiche zu senken, wurde nach Protesten der New Yorker Senatorin Hillary Clinton vertagt. Auch Kürzungen der staatlichen Krankenversicherung wurden zurückgestellt. „Wagt es nicht“, heißt eine Unterschriftenkampagne des ehemali-

gen Präsidentschaftskandidaten John Kerry gegen weitere Steuergeschenke. Bushs Lieblingsprojekt, die Privatisierung der Altersvorsorge, ist vorerst erledigt.

Doch das sind eher Nebenschauplätze beim Kampf des Präsidenten um seinen Führungsanspruch. Der ist bedroht, weil ihm in den ersten Tagen nach der Katastrophe ausgerechnet das Instrument abhanden kam, das während seiner Amtszeit noch stets die Stärke Amerikas verkörpert hatte – seine Soldaten. Wo war die Armee, fragen die

Amerikaner jetzt, und das Weiße Haus muss gegen den Vorwurf ankämpfen, ein überflüssiger Krieg halte die GIs im Irak fest. Wie ein Eingeständnis wirkt deshalb die Entscheidung des Pentagon, Nationalgardisten aus den Katastrophenstaaten Louisiana und Mississippi vor Ablauf der regulären Dienstzeit nach Hause zu holen. Sie werden an der Heimatfront benötigt.

Natürlich hat nicht Bush allein Schuld am Versagen der Helfer. Der pöbelnde Bürgermeister von New Orleans und die weinende Gouverneurin von Louisiana haben in den entscheidenden Tagen die wahre Wucht des Sturms genauso unterschätzt wie der Präsident. Anstatt diejenigen Bürger zu evakuieren, welche die Stadt nicht aus eigener Kraft verlassen konnten, ließ die Stadtverwaltung ihre Flotte von Schulbussen auf dem Parkplatz absaufen.

Doch auch das Krisenmanagement des Weißen Hauses war so katastrophal, dass selbst Parteifreunde den Appell des Präsidenten, mit Schuldzuweisungen erst einmal zu warten, kühl ignorieren. Erste Anhörungen, noch hinter verschlossenen Türen, fanden bereits vergangene Woche im Kongress statt. Mit Bushs Schwierigkeiten steigt auch die Angst republikanischer Funktionäre. Der Präsident kann nicht wiedergewählt werden, aber im kommenden Jahr stehen Kongresswahlen an, und es geht den Republikanern darum, ihre Mehrheit in beiden Kammern zu erhalten.

Bushs Umfragewerte waren schon vor dem Hurrikan auf ein bis dahin unbekanntes Rekordtief gesunken, und jene mageren 38 Prozent aller Bürger, die ihm in



Bush in Baton Rouge: „Aus der Dunkelheit kommt Licht“



DAVID J. PHILLIPS / AP

Zerstörte Vorstadt von New Orleans
„Herr Präsident, wir sind wütend“

Das Titanic-Syndrom

„Katrina“ konfrontiert die US-Gesellschaft mit einem ihrer größten Tabus: der wachsenden Armut in einem der reichsten Länder der Welt.

Die Austernfischer von Pointe a la Hache haben es nicht leicht gehabt. Zehn Stunden pro Tag ist Tinson Myron Lamar früher mit seinen Kumpanen in den Golf von Mexico gefahren, hinaus zu den Bänken, wo die begehrte Gulf-Coast-Oyster siedelt. Lamar hat das Boot geschraubt, die anderen sammelten die Austern ein, am Abend

ner Frau und vier Kindern, Austernfischer auch er. Seine Schneidezähne: höchst lückenhaft, ein Zahnarzt wäre zu teuer. Krankenversicherung? Undenkbar.

„Es ist so schwer, alle Rechnungen zu bezahlen“, sagt er. Nebenan döst Dennis Lanico, Koch aus New Orleans, der ebenfalls vor dem Nichts steht wie all die anderen hier, die schon vor der Flut kaum etwas besaßen. Über 4000 Menschen hat es in diese Halle gespült. Die meisten sind arm oder kinderreich, schlecht ausgebildet oder schwarz. Etliche sind alles zugleich.

Und Amerika? Hat in die Fluten von New Orleans geschaut und Armut und Elend unfassbaren Ausmaßes gesehen, hunderttausendfach. Das abfließende Wasser legt neben Leichen und Unrat auch erschreckende Einblicke in die Lebensbedingungen am unteren Rand der US-Gesellschaft frei.

Am selben Tag, als die Dämme brachen, stellte Charles Nelson vom U.S. Census Bureau in Washington den jüngsten Einkommens- und Armutsbericht seines Amtes vor. Nelson erläuterte mehr als ein Dutzend Schautafeln, viele zeichneten ein hässliches Bild der USA.

Die Zahl der Armen in Amerika ist 2004 um 1,1 Millionen auf 37 Millionen gewachsen – zum vierten Mal in Folge. Während die offizielle Statistik unter Präsident Bill Clinton deutlich zurückgegangen war, ist sie unter George W. Bush um 12 Prozent gestiegen.

Für die Behörde ist der Termin im Spätsommer jährliche Routine wie für die Öffentlichkeit auch, die das Unterschichten-



Notunterkunft im texanischen Dallas: Exodus

Thema bislang gern wegschwieg. Diesmal ist eine Grundsatzdebatte entbrannt, weil das Fernsehen die grauen Zahlen mit Katastrophenbildern in Echtzeit begleitete. Amerika sieht sich selbst – und erschrickt.

Jetzt diskutiert eines der reichsten Länder der Welt, wie man komplette Bevölkerungsgruppen sich selbst überlassen hat. So intensiv wie seit langem nicht ist wieder von den langen Schatten der Sklaverei die Rede, von den späten Folgen des Rassismus und vom dunklen, armen und verletzlichen Gesicht Amerikas. Quer durchs Land hat sich das Elend verschärft, von Detroit im Norden, wo ein Drittel der Einwohner unterhalb der Armutsgrenze lebt, bis zur Hauptstadt Washington an der Ostküste, wo die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch ist wie in Peking.

Aber es ist der Süden, der seit langem die traurigsten Zahlen liefert. Die alte Heimat der Baumwollplantagen lag schon immer hinter dem reichen Norden zu-



FRANK HORNING / DER SPIEGEL

Hurrikan-Opfer Lamar mit Familie
„Wir müssen von vorn anfangen“

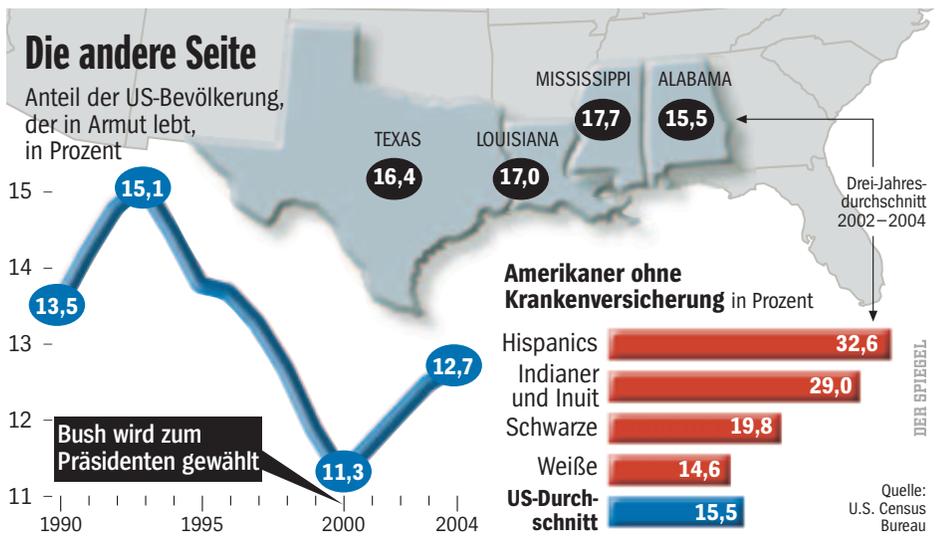
wurde geteilt. Zwei Dollar für jeden Erntesack, das war der Anteil von Lamar. An guten Tagen hat er so 100 Dollar geschafft.

Dann kam „Katrina“, der Hurrikan, und hat alles zerstört, die Austernbänke und das Boot, sein Haus und sein Dorf, das nur einige Meilen südlich von New Orleans im Mississippi-Delta liegt – oder vielmehr: lag.

Nun sitzt Lamar auf einem Feldbett in Baton Rouge und sortiert die Trümmer seines Lebens: Er ist 43, seit 24 Jahren hat er Fischerboote geputzt, etwa 2000 Dollar im Monat oder 24000 Dollar im Jahr hat das gebracht, wenn er nicht krank war und keinen Urlaub nahm.

Es reichte gerade, um seine Frau zu ernähren und die drei Kinder und um sein kleines Haus im Camping-Park zu finanzieren, eine Mischung aus Wohnwagen und Baracke. Für eine Sturm- und Flutversicherung reichte es nicht. Im Fernsehen hat er Luftaufnahmen seines Ortes gesehen, alles kaputt. „Wir müssen von vorn anfangen“, sagt er.

Das River Center in Baton Rouge ist eine der wichtigsten Sport- und Veranstaltungshallen Louisianas. Am linken Rand des Spielfelds leben derzeit auf ein paar Matratzen die Lamars. Direkt daneben kampiert Lennox Battle, 40, mit sei-





LAWRENCE JENKINS / AFP

von geradezu historischer Dimension

rück. Seit der für sie ruinösen Niederlage im amerikanischen Bürgerkrieg vor 140 Jahren hat sie sich nie mehr richtig erholt. „Katrinas“ Hauptopfer, Louisiana und Mississippi, gehören zu den ärmsten Bundesstaaten der USA. In New Orleans waren zwei Drittel der Bevölkerung schwarz, 23 Prozent der Einwohner lebten am Rande des Existenzminimums.

Der Hurrikan brachte Anarchie und Leid hinzu. Yale-Dozent Jim Sleeper erklärte die Stadt zum „Bagdad am Mississippi“. Einer der schärfsten Bush-Kritiker, „New York Times“-Autor Frank Rich, spricht vom „Titanic-Syndrom“: Im Unterdeck war jeder auf sich selbst gestellt, sagt er. Nur die First-Class-Passagiere schafften es sicher in die Rettungsboote.

Inzwischen kehren die Ersten aus New Orleans' weißer Oberschicht mit privaten Hubschraubern in ihre Villen zurück. Auf den Grünflächen von Audubon Park, einer kaum beschädigten Reichensiedlung, landen Helikopter mit Truppen einer israelischen Sicherheitsfirma, die gefährdete Anwesen schützen sollen. Ende voriger Woche war ein Treffen der High Society mit Bürgermeister Ray Nagin in Dallas geplant, um den Wiederaufbau zu besprechen. Die Reichen wollen das Desaster nutzen, um die Strukturen ihrer Stadt zu ändern: demografisch, geografisch und politisch.

Die High School von Biloxi, einer Kleinstadt an der Golfküste, dient derweil als Notunterkunft. Sie ist ein Ort der Gestrandeten. Alte Menschen laufen verwirrt über die Flure, ausgemergelte Körper liegen auf dem nackten Fußboden. Es gibt Gescheiterte wie Charles Parfait, 27, der psychisch krank ist und seit längerem vor Gericht um Unterstützung kämpft. Und es gibt die Tapferen.

Ann Blackmon, 29, zwei Kinder, kein Mann, ist eine von ihnen. Ihr Geld hat sie als Sandwich-Verkäuferin in einem Casino verdient, zehn Dollar pro Stunde. Jetzt wartet sie mit ihrer Großfamilie, ihren Eltern und Kindern, Geschwistern, Nichten und Neffen, auf irgendeine Zukunft. Ihr ganzer Clan, 34 Menschen, will in Florida ein neues Leben starten.

Hunderttausende werden wie Blackmon die Region für immer verlassen, in einem Exodus von geradezu historischer Dimension. Sie hatten kein Geld, kein Auto oder keine Kraft, um sich und ihr Gut rechtzeitig zu retten. Für den Neustart in der alten Heimat fehlen ihnen nun Mittel, Zeit und Perspektiven.

Zwei fremde Welten, zwei Amerikas treffen in diesen Tagen aufeinander, und das ist vielleicht das einzig Gute an der Katastrophe. In der Baptisten-Kirche von Baton Rouge sind das auf der einen Seite Pastor Stuart Rothberg und seine 4000 Gläubigen: Sie sind fast alle weiß, haben gepflegte Einfamilienhäuser, große Vans und gut-bezahlte Jobs. Auf der anderen Seite stehen 700 Schwarze aus New Orleans, die in Turnhalle und Klassenräumen der Gemeinde Quartier bezogen haben.

Am Sonntag beim Gottesdienst haben sie alle zusammen gesungen und sind sich in die Arme gefallen. Da hat Zena Segure wenigstens für ein paar Stunden verdrängt, wie hilflos sie sich in den Fluten fühlte, als keine Rettung kam und Babys und alte Menschen ertranken. Und wie wütend sie war, als danach im Fernsehen ständig von Flüchtlingen die Rede war wie in einem afrikanischen Bürgerkrieg.

„Wir sind keine Flüchtlinge“, sagt sie empört, „wir sind Bürger der USA.“ Als wäre das keine Selbstverständlichkeit.

FRANK HORNIG

neuen Umfragen zugestehen, bei den Aufräumarbeiten einen ordentlichen Job zu machen, werden für einen echten Stimmungsumschwung nicht reichen.

Am vorvergangenen Donnerstag proklamierte Bush für den 16. September einen nationalen Gedenktag, um seinen Landsleuten Gelegenheit zu geben, für „Katrinas“ Opfer zu beten. Doch selbst himmlische Tröstung wird kaum die Erfahrung vergessen machen, dass sich der vermeintlich so handlungsstarke Bush in Zeiten einer nationalen Krise als Totalverlust herausstellte – missing in action.

Nicht einmal Amerikas Feinde konnten sich vorstellen, wie hilflos die Supermacht reagieren und wie scharf diese Hilflosigkeit ein paar Wahrheiten wieder ans Licht bringen würde, die viele Amerikaner längst verdrängt wähten – die immer noch schockierende Trennung von Arm und Reich, von Schwarz und Weiß, das gnadenlose Im-Stich-Lassen der Bedürftigen, von denen sich viele mit brutaler Gewalt rächten. „Das ist eine nationale Schande“, empörte sich der Kongressabgeordnete und ehemalige Bürgerrechtler John Lewis.

Vier Tage brauchte Bush bis zu seinem ersten Besuch im Krisengebiet – nur, um dann alles falsch zu machen. Er lächelte und riss Witze, wo es nichts zu lachen gab. Er umarmte Flüchtlinge in Biloxi und empfahl Hilfsbedürftigen den Gang zur Heilsarmee – bis ihn ein Berater darauf hinwies, dass „Katrina“ auch deren Gebäude weggefegt hatte.

Die Flagge auf dem Weißen Haus senkte sich erst auf halbmast, als am vorvergangenen Samstag William Rehnquist, der oberste Richter des Landes, starb. „Das hätte die Clinton-Regierung besser bekommen“, erklärte der konservative Kolumnist William Kristol, sonst einer der treuesten Bush-Anhänger.

Dabei war Bush in seiner Administration noch einer der Tüchtigeren. Vizeprä-

sident Richard Cheney, inzwischen zum obersten Katastrophenhelfer ernannt, blieb noch auf seiner Ranch in Wyoming, als Bush schon ins Weiße Haus zurückgekehrt war. Außenministerin Condoleezza Rice eilte erst in ihr Amt, um die ausländischen Hilfsangebote zu koordinieren, nachdem sie in New York beim Schuhkauf von einer wütenden Kundin angebrüllt worden war. Zum Ausgleich ließ sie sich beim Verteilen von Hilfsgütern fotografieren.

Dass die Regierung in der zweiten Woche nach der Katastrophe endlich aufgewacht ist, können noch immer nicht alle glauben. „Go, fuck yourself“, herrschte ein wütender Überlebender den Vizepräsidenten vergangenen Donnerstag bei einem Besuch in Gulfport, Mississippi, an.

Andere verfolgen jetzt fassungslos, dass Lebensmittel, Pumpen und ganze Spielplätze für heimatlose Kinder aus dem Ausland eingeflogen werden – eine Luftbrücke für das reichste Land der Erde. Der deut-

Mississippi, das Bush besuchte, hoffte Robert Duke: „Dafür muss jemand ins Gefängnis.“

Wer das sein könnte, will nun auch Bush geklärt wissen und versprach eine Untersuchung aller Versäumnisse, verfehlte aber wieder den richtigen Ton: „Wir müssen sicherstellen, dass wir auf einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen – oder einen weiteren Sturm – angemessen reagieren.“

Der gutversteckte Anflug von Selbstkritik ist Bushs Versuch, Schlimmeres abzuwenden. Die mögliche nächste Präsidentschaftsbewerberin der Demokraten, Hillary Clinton, wirbt bereits für einen unabhängigen Untersuchungsausschuss – nach dem Vorbild jener Kommission, welche die Fehler im Vorfeld der Terroranschläge des 11. September untersucht hatte. Deren Abschlussbericht stand in den USA monatelang auf den Bestsellerlisten, ein Werk über „Katrina“ hätte Chancen, ein ähnlicher Erfolg zu werden.

Nicht einmal der Untergang von New Orleans hat diese Terrorfixierung aufgehoben. Am Louis-Armstrong-Flughafen weigerten sich Chertoffs Beamte vorige Woche, mit der Evakuierung auf dem Luftweg zu beginnen, weil die Metalldetektoren ausgefallen waren und keine Luftmarschälle die Flüchtlinge begleiten konnten.

Nun hoffen die Demokraten auf ausreichenden Diskussionsstoff für monatelange Anhörungen. Auf ersten Zeugenlisten, die im Kongress zirkulieren, stehen all jene Militärs ganz oben, die das Debakel öffentlich mit dem Irak-Krieg in Verbindung gebracht haben. So warnte Pete Schneider von der Nationalgarde Louisianas bereits vor Monaten, dass Soldaten und Gerät bei einer Naturkatastrophe fehlen könnten. Die Kommandeure der 4. Brigade der 10. Gebirgsjägerdivision in Fort Polk, Louisiana, sollen auf dem Kapitol bezeugen, dass sie nach dem Hurrikan nicht ausgerückt durften, weil sich ihre Einheit gerade auf einen Einsatz im fernen Afghanistan vorbereitete.

Etwas 200 000 Flüchtlinge von der Golfküste sind inzwischen überall im Land untergekommen – ein Exodus, wie ihn Amerika zuletzt in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre erlebte. Eine Welle der Hilfsbereitschaft hat die USA erfasst, fünf Millionen Dollar spendete der Schriftsteller John Grisham. Auf solche Gesten setzt das Weiße Haus jetzt, auch um das eigene Versagen zu kaschieren. „Wir lösen Probleme“, sagt Bush trotzig, er habe keine Zeit für „alberne Schuldzuweisungen“.

Ob New Orleans durch den verspäteten Tatendrang wirklich gerettet werden



Deutsche Helfer in New Orleans: „Für Menschen, die in Not sind, brauchen wir einen starken Staat“

schon Hilfe schickte Bundeskanzler Gerhard Schröder allerdings auch eine Mahnung hinterher: „Für Menschen, die in Not sind, brauchen wir einen starken Staat.“

Das Entsetzen darüber, wie schwach die eigene Regierung handelte, hat den sonst üblichen Schulterschluss in Krisenzeiten außer Kraft setzt. Allabendlich schreien Reporter auf einmal staatliche Funktionäre an, um sie zu schnellerem Handeln zu bewegen: „Hier liegen überall Leichen“, brüllte eine Reporterin den unseligen Chef der Zivilschutzbehörde, Michael Brown, an, der am vergangenen Freitag von seinem Rettungskommando entbunden wurde. Die „Times Picayune“, die Lokalzeitung von New Orleans, die im Internet weiter publizierte, als ihre Druckmaschinen überflutet waren, verlangt den Rauschmiss der Verantwortlichen: „Herr Präsident, wir sind wütend.“

Vielen Überlebenden der Katastrophe genügt das nicht. Im Städtchen Poplarville,

Blamiert steht schon jetzt der oberste Heimatschützer der Nation da, Minister Michael Chertoff. Als neuer Sheriff in der Stadt hatte er sich bei seinem Amtsantritt feiern lassen und versprochen, das Chaos zu ordnen, das seine Monsterbehörde von insgesamt 180 000 Mitarbeitern beherrscht. Oberste Priorität hatte dabei der Kampf gegen den Terror, Schutz vor den Naturgewalten schien nachrangig.

Vier Jahre nach den Terroranschlägen von New York und Washington gibt es deshalb selbst in ländlichen Regionen ABC-Schutzanzüge, aber die Mittel für den Deichbau wurden zusammengestrichen.

Noch vor drei Wochen warnte eine Delegation von Zivilschutzern Chertoff vor den „dramatischen Folgen“ einer solchen Fixierung auf den Terrorismus. „Dies kann böse Folgen für die Menschen haben“, erklärte Dave Liebersbach, Alaskas oberster Krisenmanager.

kann, steht noch dahin. Während die internationalen Helfer, darunter auch deutsche Pumpenspezialisten vom Technischen Hilfswerk, ihre Geräte auspackten und sich darauf vorbereiteten, gemeinsam mit den Amerikanern die giftige Brühe aus dem Becken von New Orleans zurück in den Lake Pontchartrain zu pumpen, wird der Schaden immer deutlicher. Etwa 140 000 bis 160 000 Häuser gelten als zerstört. Kaum jemand glaubt noch, dass alle Flüchtlinge zurückkehren werden – wohin auch?

Aus den Vororten von Baton Rouge, der ersten Stadt am Mississippi, die so hoch liegt, dass keine Sturmflut sie erreichen kann, wird von schwunghaftem Häuserkauf berichtet.

Nur: Diejenigen, die bisher die Stadt nicht verlassen konnten und seit vergangener Freitag mit vorgehaltener Waffe dazu gezwungen werden, haben sicher kein Geld, sich anderswo neue Wohnungen zu kaufen.

GEORG MASCOLO